

Technologieunternehmen im Rechtsstreit

Workshop

- Technologieunternehmen im Rechtsstreit -
IHK Berlin, 9. Juni 2004

Rainer Ihde
Rechtsanwalt und Notar
Berlin

Einführung

Zahl von Rechtsstreitigkeiten

Bedeutung

Entscheidungsfindung

Risikoabschätzung

Inhalte und Referenten

1. Außergerichtliche Streitschlichtung (Woveries)

2. Entscheidungsphase und Prozessführung (Ihde)

Finanzielle Rahmenbedingungen

Entscheidungsprozesse

Prozessführung

3. Patente, Schutzrechte, Kennzeichen (Laucken)

Schutz und Durchsetzung vom immateriellen Rechten

4. Wettbewerbsrecht und Wettbewerbsprozesse (Dr. Dittmann)

Unlauterer Wettbewerb

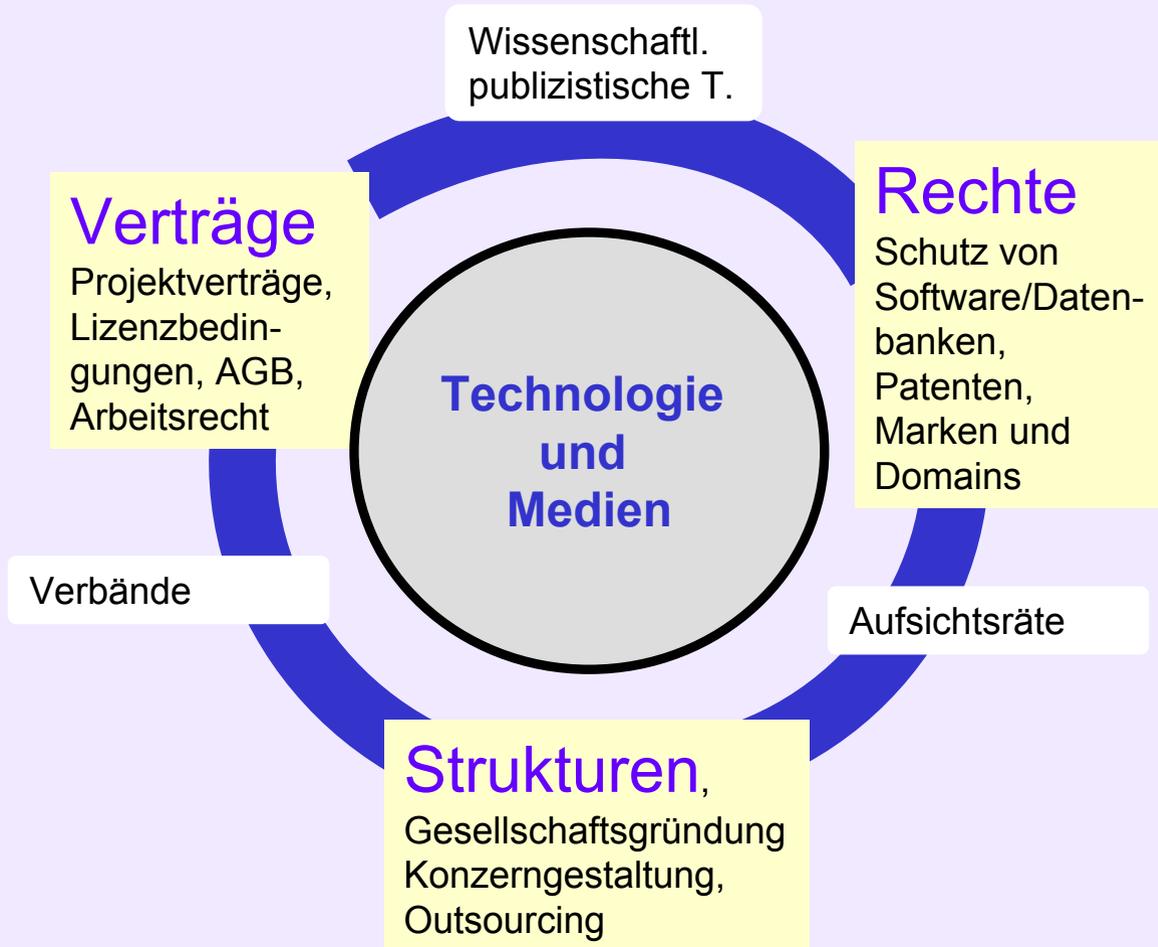
Abmahnungen

Bedeutung für Gesellschafter und Mitarbeiter

Technologieunternehmen im Rechtsstreit

IHDE

RECHTSANWÄLTE



Entscheidungsprozesse

- Aufarbeitung des Sachverhalts (Einbeziehung der am Vorgang Beteiligten, Vorgeschichte)
- Fachliche Einschätzung (Sachverständige, Patentanwälte)
- Rechtliche Einschätzung (Rechtsabteilung, Rechtsanwalt)
- Einschätzung des Prozessrisikos
- Entscheidungsfindung
- Zustimmungserfordernisse (Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat)

Zeitdruck in der Entscheidungsphase

Beispiele für Fristen:

- Rügefrist im Vergabeverfahren: unverzüglich (!), max. 2 Wochen
- Erwiderungsfrist im Zivilverfahren: meist 2 bis 4 Wochen ab Klagezustellung
- Anmeldefrist im Insolvenzverfahren (durch Veröffentlichung)
- Widerspruchsfrist im Mahnverfahren (2 Wochen)

Das Versäumen einer Frist führt meist zum endgültigen Verlust eines Rechtsanspruchs

Prozesskosten und Kostenerstattung

- Gerichtsbarkeit
- Instanzenzug
- Streitwert
- Prozessverlauf
- Prozessergebnis
- Vergütungsvereinbarungen

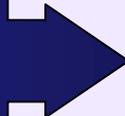
Versicherungen und Prozesskostenfinanzierungen

- Rechtsschutzversicherungen
- Haftpflichtversicherungen
- Produktversicherungen
- Prozesskostenfinanzierung
(Übernahme des Prozesskostenrisikos gegen
Überschussbeteiligung, z.B. 30%)

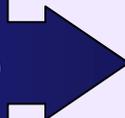
Forderungssicherungen

Bei erkennbaren Zweifeln an der Leistungsfähigkeit des Vertragspartners ist aktives Forderungsmanagement erforderlich

Zurückbehaltungs-
recht



Unsicherheitseinrede



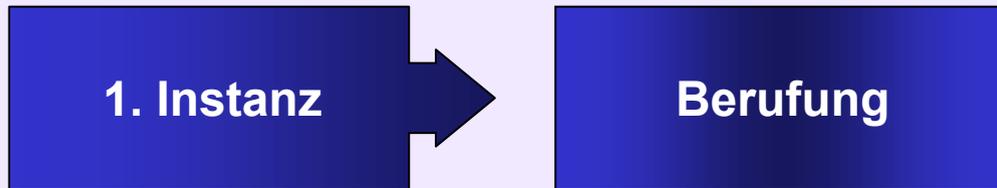
Bürgschaft

Patronatserklärung

Sicherungsabtretung

Verfahrensarten

Verfügungsverfahren

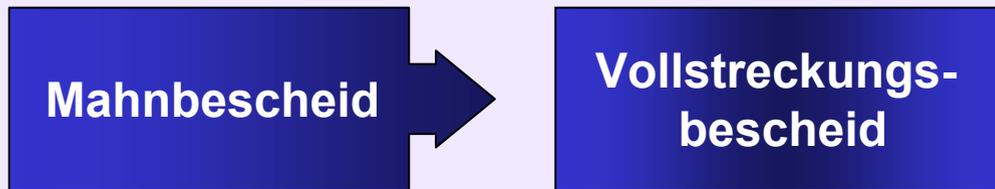


Hauptsacheverfahren

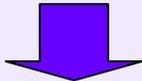


Verfahrensarten

Mahnverfahren



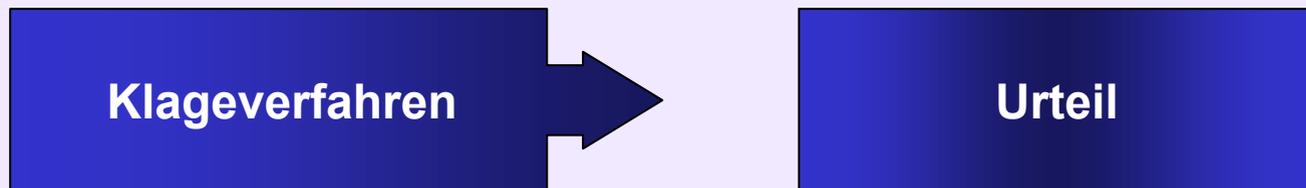
Widerspruch



Einspruch



Hauptsacheverfahren



Verfahrensarten

Vollstreckungsverfahren

ZV durch
Gerichtsvollzieher

Forderungspfändung

eidesstattliche
Versicherung

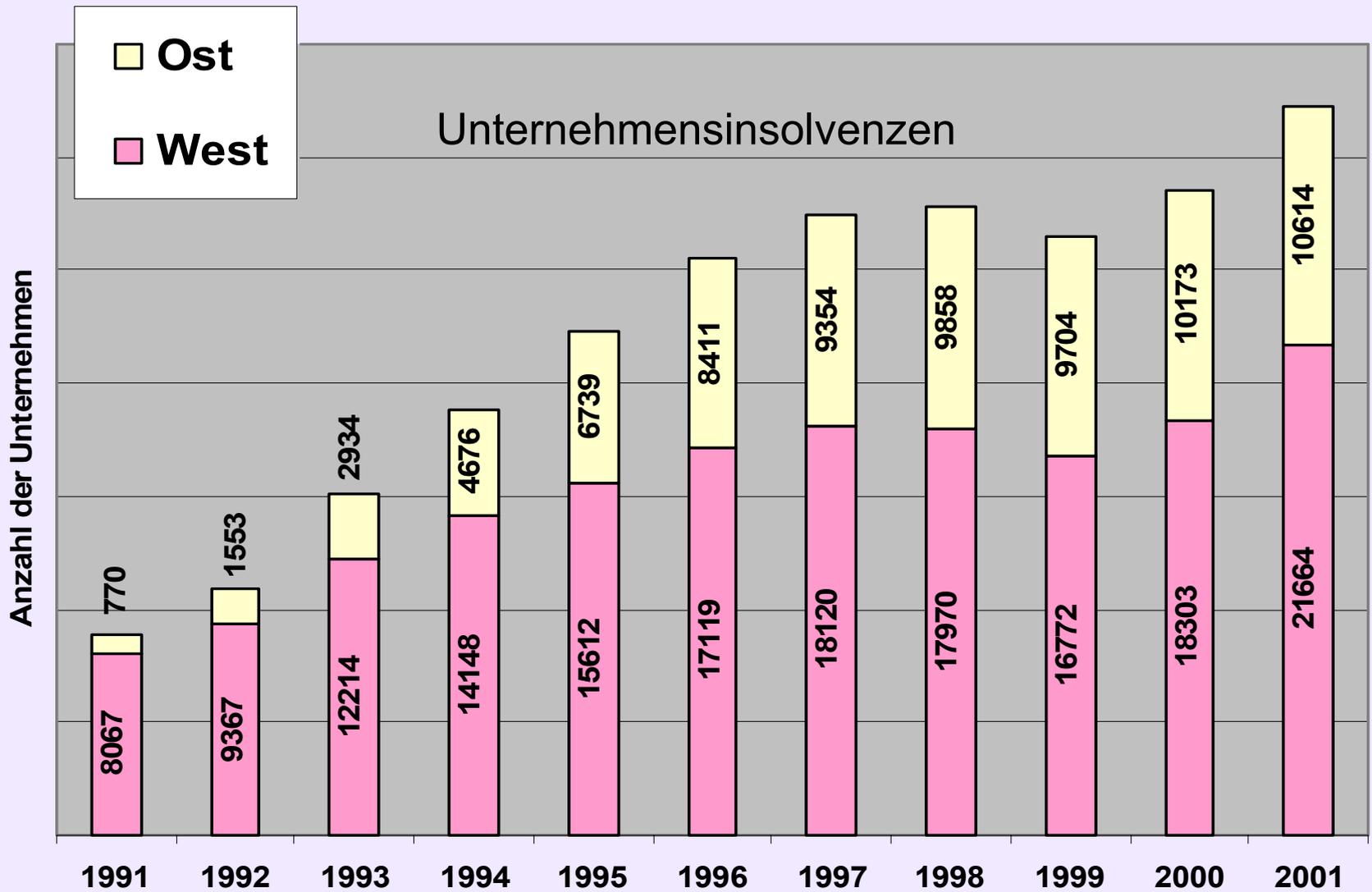
Insolvenzverfahren

Forderungs-
anmeldung



Verteilung durch
Insolvenzverwalter

Technologieunternehmen im Rechtsstreit



Vertragspartner in der Krise

Insolvenzgefährdung und Antragsgründe

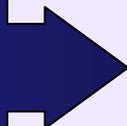
- Überschuldung
Rechnerische bilanzielle Überschuldung, negative Fortsetzungsprognose
- Zahlungsunfähigkeit
„nicht in der Lage, fällige Zahlungspflichten zu erfüllen“
- voraussichtliche Zahlungsunfähigkeit
- Antragsberechtigung: Schuldner oder Gläubiger

Wahlrecht des Insolvenzverwalters

Nicht oder nicht vollständig erfüllter Vertrag (§103 InsO)

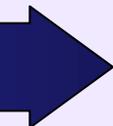
Herbeiführung einer Entscheidung: Aufforderung des
Insolvenzverwalters

Ablehnung



**Schadesersatz
wegen
Nichterfüllung**

**Annahme der
Erfüllung**



**Masseverbindlichkeit
(Einstehen des
Insolvenzverwalters)**

Softwarelizenzen in der Insolvenz

- Vollständig erfüllter Vertrag (z.B. Kauflizenz)
Lizenzrechte bleiben bestehen, sowohl bei Lizenznehmer als auch Lizenzgeber
- Teilweise erfüllter Vertrag
Wahlrecht des Insolvenzverwalters
- Dauerschuldverhältnisse (z.B. Mietlizenz)
Wahlrecht des Insolvenzverwalters

Insolvenzanfechtung

- Eröffnung des Verfahrens
- Rechtshandlungen zur Sicherung oder Befriedigung
- Benachteiligung von Insolvenzgläubigern
 - Kongruente Deckung
3 Monate + Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit
 - Inkongruente Deckung
Nicht zu der Zeit, in der Art
3 Monate + Zahlungsunfähigkeit
- Gläubigeranfechtung bei Nichteröffnung

Vereinbarungen nach Insolvenzantrag

- mit (noch) verfügungsberechtigtem gesetzlichen Vertreter
- bei Eigenverwaltung
- mit vorläufigem Insolvenzverwalter
wenn mit Verfügungsbefugnis eingesetzt
- mit Insolvenzverwalter

Bei Insolvenzgefahr sind bei jeder Vereinbarung Verfügungsberechtigung und Anfechtungsgründe zu prüfen

Durchgriffshaftung

- Schadensersatz wegen Insolvenzverschleppung (quotal/in voller Höhe)
- Schadensersatz wegen Eingehungsbetrug
- Pfändung von Schadensersatzansprüchen der Gesellschaft gegen handelnde Personen
- Haftung wegen Missbrauch der juristischen Person

www.onlinelaw.de

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!